

Antrag

der Abgeordneten Helmut Rode (Wietzen), Wolfgang Ehlers, Andreas Schmidt (Mülheim), Dr. Fritz Wittmann, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Theo Magin, Michael Stübgen, Anneliese Augustin, Claus-Peter Grotz, Siegfried Hornung, Eduard Oswald, Karl Stockhausen, Ortrun Schätzle, Manfred Kolbe, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Franz Heinrich Krey, Hans-Werner Müller (Wadern), Rosemarie Priebus, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Hans-Dirk Bierling, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Klaus Brähmig, Dr. Hans-Joachim Sopart, Claus Jäger, Rudolf Meini, Heinrich Seesing, Dr. Bertold Reinartz, Dr. Klaus Mildner, Thomas Kossendey, Dr. Harald Schreiber, Kurt J. Rossmanith, Maria Michalk, Maria Eichhorn, Renate Blank, Eduard Lintner, Wolfgang Dehnel, Michael Wonneberger, Martin Götsching, Wolfgang Engelmann, Gertrud Dempwolf, Heinrich Lummer, Dr. Egon Jüttner, Karl-Josef Laumann, Bernd Wilz, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Heinz Rother, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Dr. Dionys Jobst, Dieter Pützhofen, Ulrich Adam, Dr. Roswitha Wisniewski, Klaus Francke (Hamburg), Dr. Hermann Pohler, Helmut Sauer (Salzgitter), Michael von Schmude, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Hubert Hüppe, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Hans Stercken, Georg Janovsky, Paul Breuer, Hans Raidel, Dr. Ottfried Hennig, Bernhard Jagoda, Hartmut Koschyk, Karl Lamers, Erwin Marschewski, Angelika Pfeiffer, Christian Schmidt (Fürth), Erika Steinbach-Hermann, Herbert Werner (Ulm), Wolfgang Zeitlmann und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Wolfgang Lüder und der Fraktion der F.D.P.

Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten in die Politik der Verständigung und guten Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa haben für die Ausgestaltung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn neue Rahmenbedingungen geschaffen. Hierzu haben auch die deutschen Heimatvertriebenen getreu ihrer Charta von 1950, in der sie sich verpflichtet haben, „durch harte, unermüdliche Arbeit“ am „Wiederaufbau Deutschlands und Europas“ teilzunehmen, maßgeblich beigetragen. Auch der Beitrag, den Hei-

matvertriebene in den Kirchen und im gesellschaftlichen Leben für die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn geleistet haben und leisten, darf nicht vergessen werden.

Deshalb ruft der Deutsche Bundestag die deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler dazu auf, die mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn geschlossenen und vor dem Abschluß stehenden Verträge nicht als Schlußpunkt, sondern als Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen anzusehen.

Die gewaltigen Umbrüche auf unserem Kontinent ließen uns der 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zum Ausdruck gekommenen Vision näher kommen: „Schaffung eines geeinten Europas . . . , in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Im Bewußtsein einer jahrhundertelangen wechselvollen, über lange Perioden fruchtbaren gemeinsamen Geschichte ist das vereinte Deutschland entschlossen, die Beziehungen zu seinen Nachbarn im Osten und Südosten Europas vergangenheitsbewußt und zukunftsorientiert zu gestalten und alle Chancen für eine dauerhafte Verständigung und gute Nachbarschaft zu nutzen. Dabei kommt den deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und den in ihrer angestammten Heimat lebenden deutschen Minderheiten eine große Bedeutung zu. Gerade sie sind dazu berufen, als Mittler und Fürsprecher eine Brücke zwischen uns und unseren Nachbarn zu bauen und Botschafter der Verständigung und Aussöhnung zu sein. Dabei können auch aus der jüngsten Geschichte herrührende Belastungen gemeinsam aufgearbeitet werden.

Die Heimatgebiete der Vertriebenen und der in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten sind Teile wichtiger Brücken- und Begegnungslandschaften. Nicht zuletzt dort kann ein Modell europäischen Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen und ihrer Kulturen entwickelt werden durch die Besinnung auf historische Gemeinsamkeiten, die Achtung und die Toleranz gegenüber der Identität und Sprache des anderen, durch den umfassenden Schutz der Volksgruppen- und Minderheitenrechte. Im Zuge des Heranrückens der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Gemeinschaft sollten auf der Grundlage gegenseitiger Niederlassungsfreiheit zunehmend Möglichkeiten geschaffen werden, daß auch deutsche Bürger, einschließlich derer, die ihre Heimat verlassen mußten, in dem betreffenden Land leben und zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können.

Für die Besinnung auf die historischen Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen und ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn ist die Fortentwicklung des kulturellen und geschichtlichen Erbes der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Pflege, Erforschung und Erhaltung dieses Erbes gemeinsam mit unseren Nachbarn erforderlich. Die Geschichte und Kultur Nieder- und Oberschlesiens, Ost- und Westpreußens, Danzigs, Pommerns, Ostbrandenburgs, der sudeten-deutschen Gebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ost-

und Südosteuropa ist und bleibt integraler Bestandteil der deutschen und europäischen Kultur und Geschichte.

Europa lebt aus dem kulturellen Reichtum und der Fülle der Traditionen und Eigenarten seiner Länder und Regionen. Die Öffnung unserer östlichen und südöstlichen Nachbarländer für Europa und ihr Bekenntnis zur gesamteuropäischen Kultur schaffen neue Möglichkeiten, auch das deutsche Kulturerbe in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa bei der Ausgestaltung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarn zu nutzen.

Auch im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten kommt den früheren Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen und Aussiedler sowie den dort lebenden deutschen Minderheiten eine wichtige Bedeutung zu. Eine Einbeziehung der Vertriebenen und der dort lebenden Deutschen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlichem, umweltpolitischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet kann einen wichtigen Beitrag für die ökologische und ökonomische Gesundung dieser Regionen leisten. Eine diesem Ziel dienende enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern, deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und ihren polnischen, litauischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen, rumänischen und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden Mitbürgern kann Vorbehalte abbauen und Wege aufzeigen, wie noch ungeklärte Fragen zu allseitigem Nutzen gelöst werden können.

Die Pflege, Erforschung und Fortentwicklung des kulturellen und geschichtlichen Erbes der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland und, in Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn, die Unterstützung der in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen, die Einbeziehung beider Gruppen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn haben eine der Verständigung, der Aussöhnung und dem Frieden dienende Funktion. Diese Aufgaben bedürfen deshalb auch in Zukunft der Förderung des Bundes und der Länder.

Während für die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen erfreulicherweise seit zehn Jahren verstärkte Förderungsbemühungen des Bundes festzustellen sind (Erhöhung der Bundesmittel von 4,17 Mio. DM im Jahr 1982 auf 36,1 Mio. DM zuzüglich Verpflichtungsermächtigungen von 16 Mio. DM 1992), ist das fehlende Engagement im Bereich einiger Bundesländer zu beklagen. Positiv ist in diesem Zusammenhang das Wirken derjenigen neuen Bundesländer zu erwähnen, die Nachbarn der Republik Polen und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik sind. Ihr Bemühen um deutsch-polnische und deutsch-tschechische Euroregionen wie die bayerisch-sächsisch-tschechische „regio egrensis“ oder die sächsisch-polnisch-tschechische „Euroregion Neiße“ ist zu begrüßen und verdient Unterstützung.

Auch die Städte, Kreise und Gemeinden können einen wichtigen Beitrag für die Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten in die Politik der Verständigung und guten Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn leisten, beispielsweise durch Berücksichtigung der Anliegen dieser Gruppen bei kommunalen Partnerschaften, die nicht selten auf den nach dem Krieg begründeten Patenschaften von Städten, Kreisen und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland für Städte, Kreise und Gemeinden der Heimatgebiete der deutschen Vertriebenen und Aussiedler aufbauen.

Bonn, den 19. März 1992

Helmut Rode (Wietzen)
Wolfgang Ehlers
Andreas Schmidt (Mülheim)
Dr. Fritz Wittmann
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Theo Magin
Michael Stübgen
Anneliese Augustin
Claus-Peter Grotz
Siegfried Hornung
Eduard Oswald
Karl Stockhausen
Ortrun Schätzle
Manfred Kolbe
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Franz Heinrich Krey
Hans-Werner Müller (Wadern)
Rosemarie Priebus
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Hans-Dirk Bierling
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Klaus Brähmig
Dr. Hans-Joachim Sopart
Claus Jäger
Rudolf Meinl
Heinrich Seesing
Dr. Bertold Reinartz
Dr. Klaus Mildner
Thomas Kossendey
Dr. Harald Schreiber
Kurt J. Rossmanith
Maria Michalk
Maria Eichhorn
Renate Blank
Eduard Lintner
Wolfgang Dehnel
Michael Wonneberger
Martin Götsching

Wolfgang Engelmann
Gertrud Dempwolf
Heinrich Lummer
Dr. Egon Jüttner
Karl-Josef Laumann
Bernd Wilz
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Heinz Rother
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Dr. Dionys Jobst
Dieter Pützhofer
Ulrich Adam
Dr. Roswitha Wisniewski
Klaus Francke (Hamburg)
Dr. Hermann Pohler
Helmut Sauer (Salzgitter)
Michael von Schmude
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Hubert Hüppe
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Hans Stercken
Georg Janovsky
Paul Breuer
Hans Raidel
Dr. Ottfried Hennig
Bernhard Jagoda
Hartmut Koschyk
Karl Lamers
Erwin Marschewski
Angelika Pfeiffer
Christian Schmidt (Fürth)
Erika Steinbach-Hermann
Herbert Werner (Ulm)
Wolfgang Zeitlmann
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Irmer
Wolfgang Lüder
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion